

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

5. Landtag, 7. Versammlung, 1.-10. Sitzung

Beilage

2. Beilage

zu Nr. 56 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Freitag, dem 26. Februar 1932

Selbstauflösung des Landtags abgelehnt

Außerordentliche Tagung des Landtags mit der gestrigen Sitzung bereits beendet — Nächste außerordentliche Sitzung Ende März — Tagesordnung: Die Finanzlage des Landes

Oldenburg, 26. Februar.

Eine neue Probe von zeitgemäßem Parlamentarismus, wie eine Vorstellung vor den überbesetzten Tribünen arrangiert, eine richtige Parallele zum Reichstag, so berührte die gestrige Landtagsitzung, die zum Glück die einzige blieb in dieser Tagung. Jede weitere hätte sicher eher einen hitzigeren, einen insbesondere Eindrud geboten als eine Abschwächung. Darin hatte die Resignation der älteren Abgeordneten gewiß recht. Gestern kam das gesamte Publikum auf seine Kosten. Stellenweise tobte — die Redeschlacht kann man gar nicht mehr sagen — das große Wüten zwischen Rechts und Links dermaßen, daß man minutenlang kein Wort verstehen konnte. Vergebens schwang der Präsident anbandern seine Ärmel, so laut, daß er selber die Ausdrücke der ihm zunächststehenden Abgeordneten nicht mehr vernahm; dann wieder hagelte es Ordnungsrufe, aber der gärende und löschende Parteigeist ließ sich nicht beherrschen, sondern raste sich in Zwischenrufen, in Schreien und Brüllen aus, die Volksvertretung zum Gespött entwürdigend. Ausdrücke des Temperamentis und lebensfähigste Entgleisungen gehörten früher zu den Seltenheiten im parlamentarischen Betrieb; sie scheinen jetzt an der Tagesordnung zu sein, und man konnte den Präsidenten Eickler nur bedauern, der, kaum von einer schweren Krankheit genesen, deren Einwirkung man ihm noch unvertreten anmaß, so dem Sturm nicht gewachsen war und den Vorstoß bereits an den Vizepräsidenten Meyer-Spöte abgeben wollte, als die Sitzung und damit die Tagung ein vernünftigmäßig frühes Ende nahm. „Ich habe geflingelt nach Noten“, bekannte er wahrheitsgemäß; man wurde bereits nervös bei dem ununterbrochenen Glodenschwingen. Minister und Regierungsräte nahmen an der Sitzung nicht teil, bis auf den ständigen Vertreter, Ministerialrat Zimmermann, der unbewegt in das lodernde Getriebe vor ihm schaute. Bei all den ungläublichen Zwischenrufen nimmt es beinahe Wunder, daß der Ausdruck „Lumpen“ eine besondere Wutwelle erzeugte; sie ebte bezeichnenderweise erst ab, als der Ausdruck auf „Halunken“ abgemildert wurde!

Das von der NSDAP. und den Kommunisten einge-

reichte Volksbegehren — die Letzten nahmen unter Schallender, wahrhaft befreiender Heiterkeit die 80 000 Stimmen für sich in Anspruch! — auf Auflösung des Landtags fand bei weitem nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit von 32 Stimmen, sondern nur 23; 13 Abgeordnete waren dagegen, drei enthielten sich der Stimme, darunter die beiden volksparteilichen Abgg. Hartung und Wehland. Abg. Dr. g. r. Beilage gehörte zu den nicht im Saal anwesenden Abgeordneten (es stimmten nur 39 ab) und kam unter der Heiterkeit des Hauses erst herein, als die Abstimmung beendet war. Für die Auflösung stimmten 18 NSDAP. (Abg. Meyer ist im Reichstage), die drei Kommunisten und die beiden Deutschnationalen.

Nach dem einzigen Punkte der Tagesordnung beschäufigte man sich mit der Entscheidung der Frage, ob der Landtag weiter tagen solle. Auch diese wahrhaftig nicht belanglose Angelegenheit rief wieder die heftigsten Debatten wach, auf deren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden soll. Als der Höhepunkt der Streites erreicht war, stante er erst allmählich ab, nicht ohne eine Reihe von Mißfällen in die alte Tonart. Schließlich wurde beschlossen, diese außerordentliche Tagung zu beenden und eine neue in der zweiten Hälfte des März durch den Präsidenten einberufen zu lassen, zwecks Entgegennahme einer Darlegung über die Finanzen des Landes durch die Regierung. Man folgte dem richtigen Gefühl, daß eine Tagung in den Wogen des Wahlkampfes die Erregung der Parteien noch hemmungsloser erheben würde, und daß deshalb von fruchtbarer Arbeit nicht die Rede sein könne.

Nun stehen die Oldenburger vor einer doppelten Wahl, dem Volksentscheid und der Reichspräsidentenwahl. Wie wir an anderer Stelle mitteilen, geht die Regierungs-Meinung dahin, daß die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen den Volksentscheid herbeiführt. Darüber wird sicher von behördlicher Seite noch das Nötige bestimmt werden. Würde man den Volksentscheid mit dem evtl. zweiten Termin für die Präsidentenwahl zusammenlegen können, so müßte man sich dieser Vereinfachung freuen — die Landtagswahl kommt dann ja für uns noch hinterher!

von uns noch nie abgelehnt worden, und wir tun es auch heute nicht. Wir wollen und werden im Reich und in den Ländern an die Macht kommen und sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Das Volk will, daß die Parlamente hinweggefegt werden und Männer an die Stelle treten, die nicht mit der elenden Politik der letzten zwölf Jahre belastet sind. Die Zeiten sind vorüber, wo man mit Agitationsanträgen Stimmung machen und das Volk auf seine Seite ziehen kann. Das Volk sieht sich nach grundlegender politischer Forderung, vor allem auch in der Reichspolitik. Es ist kein Kunststück, den Zustand durch Erfüllung- und Rotverordnungspolitik latent zu erhalten. (Abg. Rahmann: Die Waage brecht!) Sie haben ja nicht einmal eine Waage, sondern nur eine Platte. (Heiterkeit.) Eine Regierung, die das Vertrauen des Landtages und des Volkes nicht mehr besitzt, kann nicht mehr mit Erfolg für die Erhaltung der Selbständigkeit Oldenburgs eintreten. Redner kommt auf die Präsidentenwahl zu sprechen und wirft den Linksparteien vor, daß sie den jetzigen Reichspräsidenten feinerseit bekämpfen, belächeln und mit Spott übergrößen hätten. (Abg. A p e r [Soz.]: Niemals! — Widerspruch rechts.) Wenn seine Partei jetzt für die Auflösung des Landtages eintrete, dann wolle man vor allem die Kosten, die mit der Volksabstimmung verbunden sein würden, vermeiden. Für die anderen Parteien komme es jetzt darauf an, ob sie gewillt seien, diesen Weg auch zu gehen und der Stimmung des Volkes Rechnung zu tragen. (Unruhe links.) In Ihren Reihen bröckelt es schon. Der Abgeordnete Meyer ist schon ausgetreten. Die Gründe sind uns nicht bekannt. (Zuruf links: Das werden Sie besser wissen als wir.) Wir lehnen es ab, hier tagelang zu sitzen. Es gilt jetzt, Farbe zu bekennen. Der Volksentscheid wird unbedingt durchgehen. („Das wird stark bezweifelt!“ — links) Die Entscheidung wird draußen fallen, und der Volksentscheid wird über Sie hinweggehen.

Abg. Müller (K.) meint, es wäre kein Kunststück, zu sagen, daß das Volksbegehren durchgegangen sei, das in Wirklichkeit von den Kommunisten ausging. Die Kommunisten hatten schon lange vor den Nationalsozialisten den Antrag gestellt. (Heiterkeit.) Aber die Kommunisten hatten bei der Regierung beantragt, das Volksbegehren wegen des Wehrmachtstreikes hinauszuschieben. Als es in Gang gekommen sei, hätten die Kommunisten mit Nachdruck dafür eingetreten. Bei den Nationalsozialisten handle es sich um einen Kampf um die Ministerstühle. Jetzt streiten sich die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten, wer mehr Parteinahme im Balg habe. Im deutschen Volke gebe es nur noch Hungende, Schmatzler und Ausbeuter. Redner beschwört sich mit Ausland und weiter mit dem Krieg zwischen Japan und China und fährt fort: Krieg gegen die Sowjetunion steht auf der Tagesordnung. (Abg. Zimmermann (S.): Nein, Auflösung des Oldenburger Landtags steht auf der Tagesordnung.) — Der Präsident bittet Redner, bei der Sache zu bleiben. Er kommt auf die bittere Front zu sprechen, die er aufgerufen nennt, und die schon ziemlich durchlöcherig sei. Redner schließt mit der Aufforderung, daß der Landtag sofort auszulösen sei.

Abg. F r e r i c h s (S.) meint, wenn solche Gegner, wie Kommunisten und Nationalsozialisten für dasselbe Ziel streiten und sich dabei in die Haare geraten, könne nicht viel daran sein. Für die Auflösung des Landtags sei kein vernünftiger Grund vorgebracht worden. (Lauter Widerspruch rechts. Glöck des Präsidenten.) Verprigen Sie ruhig Ihr Gift und Ihre Galle, es mag Ihrer Gesundheit vielleicht ganz zuträglich sein, aber auf uns werden Sie damit keinen Eindruck machen. Redner glaubt nicht, daß die Nationalsozialisten ihr Ziel erreichen werden.

Abg. W e m p e (Z.) faßt seine Meinung über die bisherige Debatte in dem Sprichwort zusammen: Was sich liebt, das neckt sich, und konstatiert, daß das Volksbegehren von den Kommunisten und den Nationalsozialisten betrieben worden ist. Er ist der Meinung, daß die Wahlperiode von drei Jahren auch für politisch unruhige Zeiten ausreicht. Man solle deshalb soviel Geduld haben, bis die ordnungsmäßigen Wahlen von selbst kommen werden. (Der Abg. B u n n e m a n n [DNV.] macht einen Zwischenruf.) Herr Vunneemann, Sie haben gehört, daß die Nationalsozialisten als ein zur Macht kommen wollen. Wenn Sie ihnen dabei beihilflich sein wollen, habe ich nichts dagegen. Das Zentrum soll an die Wand gedrückt werden. (Zustimmung rechts.) Wir haben nicht den Wunsch, den Nationalsozialisten dabei beihilflich zu sein, und glauben auch nicht, daß die Nationalsozialisten das im Ernst erwarten. Wir wünschen, daß der Zeitpunkt, wo nach dem Rezept des Abg. G o b b e regiert werden soll, noch lange hinausgeschoben wird. (Es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen Redner und Abg. S e r z o g [NSDAP.], die aber am Pressetisch nicht alle verstanden werden. Wiederholt erklingt die Glöck des Präsidenten.) Redner schließt mit der Erklärung, daß seine Partei für die Auflösung des Landtags nicht stimmen wird.

Die Abstimmung

Es wird namentlich abgestimmt. Als Ergebnis wird vom Präsidenten festgestellt, daß 23 mit Ja und 13 mit Nein

Sitzungsbericht

Präsident Eickler eröffnet die Sitzung. Am Präsidententisch sitzen ferner die Schriftführer Joel (NSD.) und Severding (Z.).

Der Ministerstisch bleibt leer. Die Tribünen sind vollbesetzt.

Der Präsident teilt mit, daß der Abg. Meyer-Oldenburg (S.) sein Mandat niedergelegt hat. Die Nachricht sei erst gestern abend in die Hände des Präsidenten gelangt.

Der Abg. Meyer (NSD.) ist an der Teilnahme der Sitzung verhindert, da er an der Reichstagsitzung teilnimmt.

Der Präsident teilt mit, daß 13 kommunistische Anträge eingelaufen sind, die aber nicht genügend unterstützt sind und deshalb nicht zur Verhandlung kommen könnten.

Abg. Müller (K.) bittet, die Unterstufungsfrage zu stellen. Er verbreitet sich über den Inhalt der Anträge.

Der Präsident fragt, ob die Anträge unterstützt werden. — Es erheben sich nur die drei kommunistischen Abgeordneten. (Abg. F r e r i c h s (S.): Wir kennen die Anträge nicht!)

Der Präsident stellt fest, daß die Anträge nicht genügend unterstützt sind und deshalb nicht zur Beratung kommen können.

Es wird folgende

Erklärung der Regierung

belesen:

Das Staatsministerium ist nicht in der Lage, dem Landtage jetzt die Entwürfe der Haushalte für die Zentralkasse und die drei Landesstellen für das Rechnungsjahr 1932 vorzulegen. Eine Veranschlagung der Reichsteuern ist noch nicht möglich, da bisher sichere Berechnungen des Reiches über das Aufkommen an diesen Steuern für 1932 nicht vorliegen. Auch sind die Verhandlungen beim Reich über den Finanzausgleich für 1932 noch nicht abgeschlossen. Mit einer grundsätzlichen Neuregelung des Finanzausgleichs zum 1. April 1932 ist zwar nicht zu rechnen; es können aber Änderungen eintreten, die für die Veranschlagung der Reichsteuernanteile für Länder und Gemeinden von Bedeutung wären. Deshalb hat auch der Reichshaushalt für 1932 wohl noch nicht fertiggestellt werden können.

Nach dem Vorbild im Reich — zu vergleichen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931, dritter Teil Kapitel VI — wird das Staatsministerium vorläufig im Wege der Rotverordnung einen Plan aufstellen. Nach

diesem werden die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse und der drei Landesstellen für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1932 veranschlagt werden. Es wird sich hierbei nur um durchaus zugewandene Einnahmen und Ausgaben handeln. (Abg. Meyer-Spöte [Ztr.]: Wir hören nichts über die Klassenlage!)

Das Staatsministerium wird die Haushalte, sobald sie fertiggestellt sind, dem Landtage vorlegen, und zwar so rechtzeitig, daß die Verabschiedung vor dem 1. Juli möglich ist.

Das Staatsministerium beehrt sich, dies dem Landtage mitzuteilen.

Cassébohnen. Dr. Driver. Dr. Willers.

Der Präsident teilt mit, daß eine selbständige Anfrage Rahmann (Soz.) des Inhalts eingegangen ist, was die Regierung zu tun gedenkt, um den notleidenden Stadt- und Landgemeinden zu helfen und die Lage der Strifenunterstützungsbesitzer und der Wahlfabrikempfänger zu erleichtern.

Im Anschluß hierauf stellt der Präsident den Antrag der Nationalsozialisten auf

Auflösung des Landtags

zur Beratung.

Abg. S e r z o g (NSD.) erinnert daran, daß der Abg. Meyer schon einige Male den Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt hat, der aber abgelehnt worden sei. Darauf sei das Volksbegehren eingeleitet worden, wofür sich über 80 000 Stimmen von 350 000 Wählern entschieden hätten. Das bedeute also rund 23 Prozent. Rege man die übliche Wahlbeteiligung von 80 Prozent zugrunde, könne man sogar sagen, daß sich 30 Prozent für das Volksbegehren entschieden hätten. Das Ergebnis sei für seine eigene Partei überaus erfreulich gewesen, für die anderen Parteien auch, aber im unangenehmen Sinne. Das Ergebnis zeige, daß das Volk mit dem augenblicklichen Landtag unter keinen Umständen mehr einverstanden sei. Der Landtag habe ja auch bewiesen, daß er in seinem Sinne arbeitsfähig sei. (Abg. Krause (S.): Wie wahr!) Redner nimmt an, daß die übrigen Parteien, die den demokratischen Gedanken stets propagiert hätten, noch so viel Ehrgefühl besitzen würden, daß sie nun dem Verlangen des Volkes Rechnung trügen. Als die Mißtrauensanträge gegen die Regierung gestellt worden seien, hätten Regierungsparteien die Regierung selbst im Stich gelassen. (Widerspruch.) Haben Sie das etwa nicht getan?

Es ist wiederholt festgestellt worden, daß praktische Arbeit im Landtag nicht mehr geleistet werden kann. Die Zentrums- presse hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir das Volksbegehren aus puren Machtginsten eingeleitet hätten. Das ist

Beim Nachfüllen von **MAGGI** Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

MAGGI-Gutscheine!

Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI-Suppen und MAGGI-Fleischbrühwürfel, gibt es Gutscheine

Mannschaften. Wie die neu eingestellten Mannschaften vollwertige Wehrpflichtige werden, verlegt mehr als ein halbes Jahr. Nicht aber Krieg aus, das nachher mit die Wehrpflichtigen haben, so sind wir zur See fast verlor." Darauf wurde von Wetmann und Tzipf befragt, die Marine-Wehrpflichtigen sollen nicht entlassen werden. In dem folgenden Tage, nachdem dieser Beschluß gefaßt war und Wetmann darüber noch eine unrichtige Nachricht gehabt hatte, kommt er zu Tzipf — ich weiß dies aus nicht vertraulichen Mitteilungen des letzteren — und sagt: „Ich kann es nicht verantworten, daß mir den aufgegebenen Posten erhalten, denn das würde die Engländer sofort erfahren; für Marine-Angehörige hier würde es alsbald nach London berichten. Und wenn mir dann die Wehrpflichtigen nicht entlassen, während ihre Einlösung im Etat vorliegen ist, dann würden die Engländer sagen, daß sei eine unehrenhafte Handlung unsererseits gegen Sie.“ Tzipf war kein gleichberechtigter Partner gegenüber dem Reichstag. Denn nur der Reichstagler war verantwortlich nach der damaligen Verfassung. Mit anderen Worten, in Reichstagen hatte ausschließlich der Reichstagler zu bestimmen, und die Staatskanzlei, auch als preussische Minister, waren in Reichstagenangelegenheiten Unterordnete des Reichstagspräsidenten. Wenn eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen entstand, so mußte der Staatskanzler entweder dem Reichstagler nachgeben oder seinen Rücktritt nehmen. Darum folgt, daß, als Wetmann sagte, nur können den getragenen Beschluß nicht aufrecht halten,“ dem Tzipf zustimmen mußte, weil der frühere Beschluß dem Etat zum Vorteil. Als eine weitere Nachricht bekannt war, erforderte Wetmann nochmals bei Tzipf und sagte: „Erzählen, wie können es doch nicht verantworten, daß wir so handeln, wie wir gehen beschließen haben. Wenn wir die Wehrpflichtigen entlassen, dann kann ich ebenfalls nicht die Verantwortung nicht tragen.“ Tzipf hat geantwortet: „Der Reichstagler ganzem Sammel fort mit an.“ Er sagte zu Wetmann: „Dann will ich die volle Verantwortung allein tragen.“ Und es wird bei dem letzten, dem Etat entsprechenden Beschluß.

Wetmann hat gefragt: „Der Mann, der in schwebender Zeit steht, schwebend gefaßt ist, vermindert das Recht und dreht es weiter und weiter.“

Ich habe eine nicht vom Staat gebotene, sondern zusätzlich an mich beengerechte Gelegenheit, mit Herrn von Wetmann über die Staatskanzlei zu sprechen. Meinem Erstaunen gilt es zwei Arten von Menschen: „Ja, also“ Menschen und „Ja, aber“ Menschen. In den „Ja, aber“ Menschen gehörte leider Herr von Wetmann. Als ich Gelegenheit hatte, ihn allein zu sprechen, habe ich ihm ein Kompliment im Laufe des Gesprächs (Wetmann nahm an) gemacht: — erlaubte ich mir, ihm folgendes zu sagen: „Ich bin der Vertreter eines kleineren Staates, während Ihre Erzählung das große Streben im Bundesrat betriebe. Aber an Jahren bin ich älter. Und von einem älteren Manne dürfen Sie wohl einen guten Rat annehmen. Während Sie nicht getraut haben, daß ein Mann in so hervorragender Stellung wie Sie als Reichstagsler mit einem Mann so unbedingt eine Menge Menschen, die zweifelhaft sind, mit sich zieht. Und ebenso in anderer Lage mit einem Mann. Aber mit einem Mann, in dem verfaßt schon das Recht steht, mit einem Mann, in dem verfaßt schon das Recht steht, mit einem Mann, in dem verfaßt schon das Recht steht, mit einem Mann, in dem verfaßt schon das Recht steht.“

Wetmann ging aus von Menschen-Beurteilung. Deshalb möchte ich in Bezug auf meinen Großvater noch sagen, daß er wohl sehr glücklich für die Wehrpflicht seiner Heimat Oldenburg war. Er ist immer gern auch in Kontakt geblieben. Jedoch ich habe aus seinem Munde die Worte nicht in sicherer Erinnerung: „Wie die Heimat ist es doch nicht.“ Er betrachtete Oldenburg als seine Heimat und nicht die abstrakte Wehrpflicht der Wehrbürger. Er verstand wohl, daß die Oldenburger zurückhaltend sind, selbst mit dem Strauß. Er wußte, daß das nicht jeder Wehrbürger, sondern eine Eigentümlichkeit ihrer Heimat war. Deshalb grüßte er sie gern zurück. Auch sprach er sie öfter in ihrer Mundart an. Mit Friedrich ist er so vollständig geworden. Diese Vollständigkeit hatte er aber auch noch einer

anderen Eigenschaft zu verdanken, die ich kurz fassen möchte mit den Worten: „Was gern gehört sich einem Mann, der die Dinge in der Hand hat, indem er sich selbst in anderen Worten, der Großvater wollte, wenn es irgend möglich war, seinen Beschlüssen die Gründe beifügen. Die dem Gedankengang entsprechende Interaktion ist die Eigenschaft, daß er sich selbst überzeugen ließ. Daher war ich ein Beispiel anzuführen. Eine (daraus nicht losgerissene) Angelegenheit betraf die von Großvater als direkt und teilte sie mir auch so mit. Er sagte und schrieb mir etwa: „Nicht Ihnen soll es Meinend erfahren.“ Ich antwortete, daß ich hätte, die in diese Angelegenheit mehr zum Mitleiden zu dürfen, weil diese als Mitglied des diplomatischen Corps leicht darauf angeprochen werden könnte und es daher im Interesse der Geheimhaltung gut wäre, wenn sie orientiert ist und sich gegen unangelegene Fragen wehren kann. Darauf bekam ich die kurze telegraphische Antwort: „Unter keinen Umständen.“ Friedrich August, aber ich ließ nicht locker, sondern schrieb einen Brief, in dem ich etwa ausführte: „Als Bundesrats-Berollmächtigter bin ich fast den ganzen Tag unterwegs, meistens in Sitzungen. Ich gehe morgens neun Uhr aus dem Hause und bekomme mein Mittagessen abends acht Uhr, bin also den ganzen Tag nicht daheim. In dieser Zeit wird die Kanzlei der Gesandtschaft von meinen Beamten geleitet. Diese sind auch die Briefe. Wenn Ihre Absicht besteht, nicht zu gestatten, daß ich meiner Frau entsprechende Mitteilung mache, so würde durch die Beamten, die alle nur meine Privatangelegenheiten sind, doch Wagnis leicht bekannt werden können. Während wenn ich den Briefe das Wort „Geheim“ führe und ich nur meiner Frau die Ermächtigung zu öffnen gäbe, er in die richtigen Hände käme und geheim bliebe. Ich hätte daher wiederholt die in die persönlichen Interessen gebotene Erlaubnis.“

Was Herrn von Wetmann über den Großvater nicht, aber ich ließ ihn überzeugen und antwortete ebenso kurz: „Denn wegen Friedrich August.“

Im Aufsatze über die ich eine interessante Begebenheit mitteilen, die ich in einer Oldenburgischen Angelegenheit mit dem Kaiser hatte. Es handelte sich auch hier um Dinge, die nicht gerade diplomatischer Natur, mir jedoch als sehr verantwortungsvoll waren. Aber am selben Tage, an dem ich sie erlaube, habe ich mich der Kaiser an. Während eines großen Empfanges beim Prinzen Friedrich Leopold von Preußen (dem Grafen von Gulemburg) zu mir und sagte, ich möchte zum Kaiser kommen, der in einem Nebenamt ich unterrichte. Wann war ich dort, kommt der Kaiser auf mich zu und sagt, fast sprechen, ich möge ihm Näheres von dieser Angelegenheit mitteilen. Ich antwortete durchaus überflüssig: „Ich bitte Ihre Majestät, mit der Antwort auf diese Frage hier und in diesem Augenblicke erlauben zu wollen.“ „Was“ erwiderte der Kaiser, „Sie sind hier Geladener an meinem Hof und wollen mit der Antwort verweigern?“ Ich antwortete: „Majestät, davon kann gar keine Rede sein, sondern ich habe gesehen, hier in diesem Briefe, wo um und wenn auch einige Menschen seien, von denen ich im Augenblicke nicht weiß, wer sie sind, die Antwort nicht geben zu brauchen. Selbstverständlich werde ich die Antwort geben, sobald ich selbst so informiert sein werde, daß ich für jedes Wort eine Person habe, und wenn andere Personen davon nichts hören können.“ Ich habe bei dieser Gelegenheit erwidert, daß man dem Kaiser überredet ist, wenn man sagt, daß er keinen Widerspruch entgegen nehmen könne, er gab mir die Hand und sagte: „Wenn Sie denn die Gnade haben wollen, mit zu antworten, dann telegraphieren Sie mir.“ Oberst Offiziere ich noch in der Welt eine Dreyfus nach Oldenburg und bekam eine klare Darstellung der Verhältnisse, so daß ich mir kein Zweifel mehr bestand. Ich telegraphierte dann dem Kaiser und bekam Antwort, ich möchte nachmittags zu ihm ins Schloß kommen. Meine Unterthanen teilten des Großvaters Befehl: „Nur für Seine Majestät.“ Als meine Mitteilungen erfolgt waren, sprach der Kaiser so, als ob die Sache und mein Beschluß nunmehr erledigt wären. Aber ich sagte: „Nun habe ich eine Bitte und die Bitte auftragsgemäß vorbringen, nämlich daß das, was mir jetzt besprochen haben, lediglich bei Ihrer Majestät mit mir bleibt.“ „Selbstverständlich“, antwortete der Kaiser, worauf ich verfuhr: „Auch Oberst Majestät gegenüber.“ Er sagte, ich aber sofort ein, daß es richtig war, und sagte: „Ja, ich verzeihe es Ihnen.“

POLITISCHE LEBENSVERÄNDERUNG MIT GRÖßHERZOG VON OLDENBURG VON GEORG VON ELCKEN-PADDENHAUSEN

2. Fortsetzung

Verfegung im Reichstag

Im Reichstage war es natürlich ebenso unvermeidlich, ohne Zustimmung erwidern zu müssen, wenn das, was gesagt werden sollte, nicht unbedingt feststand. In Oldenburg zum Beispiel hatte eine öffentliche Vernehmung sich damit befaßt, gewisse unpopuläre Maßnahmen der Reichsregierung abfällig zu kritisieren. Diese Kritik wurde seitens der Sozialdemokratie aufgenommen, und der Abgeordnete Singer interpellierte im Reichstage mich in der Sache, als wenn er etwas sagen wollte: „Man muß bei als Vertreter Oldenburgs doch mit der Reichsregierung den Marsch blasen.“ Da mir von der Vernehmung in Oldenburg noch nichts anderes bekannt geworden war als ein Bericht in einem hiesigen Blatte, Berlin, so meldete ich mich zum Reichstagspräsidenten zum Worte, weil eine Antwort unbedingt nötig war, daß ich aber, möglichst vielen Abgeordneten, die ich noch gemeldet hatten, vor mir das Wort zu geben. In der Zwischenzeit telephonierte ich an das Staatsministerium in Oldenburg, um dessen Meinung in dieser Angelegenheit zu erfragen. Das Staatsministerium aber — es war die Ministerkammer — am Fernsprecher nicht zu erreichen. Ich telephonierte deshalb an den Großherzog, erreichte ihn auch im Giffelsberg-Palais und teilte ihm mit, was jedoch im Reichstage vorgekommen sei, worauf eine Antwort von der Oldenburgischen Vertretung jenseitig von allen Seiten erbartet wurde. Der Großherzog sagte mir: „Ich weiß von der Sache nichts, und die Minister scheiden nicht zu Hause zu sein.“ Denn er hatte auch verstanden, mit ihnen in Verbindung zu treten. Ich sagte: „Das ist sehr lieb, wenn eine Antwort zu bekommen; auch habe ich mich schon zum Worte gemeldet.“ Darauf antwortete der Großherzog in seiner ihm ferngelegenen Weise: „Sie sind ja Bevollmächtigter Minister.“ Sie können ja im Namen Oldenburgs ohne weiteres antworten.“ Mein, sagte ich, nur formell kann ich das, aber in diesem besonderen Falle muß ich erklären können, daß ich die Antwort im speziellen Auftrage der Oldenburgischen Regierung abgebe. Das kann ich natürlich nur dann sagen, wenn ich diesen speziellen Auftrag bekomme. Darauf sagte der Großherzog: „Ich ermächtige Sie hiermit, in meinem Namen zu sagen, was Sie für richtig halten.“ Nach darauf erlaubte der Präsident mir das Wort. Wie ich mich aus der Mittere ergeben habe, des Wortes kann ich im Augenblicke nicht mehr erinnern. Ich weiß aber noch, daß nach mir eine Erweiterung nicht erfolgt ist. Und ich konnte mit solchen Stellen, als ich Angelegenheit der Reichsverwaltung auf ihr richtiges Maß deshalb zurückzuführen zu können glaube, weil ich selbst wieder noch als verantwortlicher Rat in der Reichsverwaltung gefaßt habe und als solcher Erfahrung heraus noch und ebenfalls besser als der erfahrungslöse Abgeordnete beurteilen konnte, was an Angelegenheiten richtig sein konnte und was falsch oder übertrieben sein mußte.

Ein anderer Rat lag ein Jahr vor, wo Oldenburg sich betraute mit Tzipf beurlaubt hätte, jedoch im Bundesrat als auch im Reichstage. Tzipf verlangte bei seinem Marinemat sein ein Standpunkt aus. Er hatte deshalb kein besonderes Interesse für andere Ausgaben, weil dadurch natürlich seine Mittel für Schiffbauern geschmälert würden. Zum beurlaubt mich die Oldenburgische Regierung, dafür zu sorgen, daß bei dem nächsten Etat der Reichsmarine für die Stadt Wismar, die

die zulasse des großen Zustugs von Marineangehörigen und Vertriebenen bedeutende Mittelstellen für Verträge, Schul-, Armen- und Polizeibehörde zu bestreiten hatte, entsprechende Zuschüsse eingeholt würden. Man kann sich denken, daß Tzipf darüber nicht erfreut war. Als ich merkte, daß er heftig, ich würde mich möglichst zurückhalten, sagte ich: „Erzählen, das kann ich nicht. Ich habe den Auftrag, und den führe ich aus.“ Aber im Haushaltsausschusse des Reichstages unterlag ich, nachdem auch im Bundesrat schon Tzipf gefaßt hatte. Die Zuschüsse, die ich für Wismar beantragt hatte, waren in beiden Fällen gescheitert. Zum Fund in der Reichsverwaltung, daß jeder Bundesminister das Recht hat, auch im Namen des Reichstages seine Wünsche geltend zu machen, auch wenn diese von dem Reichstagspräsidenten abgewiesen werden. Ich sagte mir, von diesen Reichsmitgliedern die Geduld, als interpellierter Wehrer der mich besonders populäre Abgeordnete von Oldenburg-Sandhof im Namen des Reichstages gegen meinen Antrag auf Unterbringung der Justiz für Wismar nicht auszusprechen. Daher wußte ich, daß ich mich nicht an dem Bundesrat beurlaubt kann ich mit den Worten: „Meine Herren! Erwarten Sie jetzt kein Medaillon „Oldenburg contra Oldenburg.“ Damit hätte ich gewonnen; für die Parteigenossen des Herrn von Oldenburg-Sandhof und, wenn ich nicht irre, auch dieser Stimmen schließlich für meinen Antrag, der durch genehmigt wurde. Tzipf hat mit lange gedauert. Aber wie haben wir doch wieder völlig aufgehört, besonders als er die sogenannte Vaterlandspartei geformt, besonders als er die allgemeine Vaterlandspartei geformt im ganzen deutschen Vaterland in die Wege leitete. Auch das war völlig im Sinne des Großherzogs.

Tzipf hat mich auch nicht im Stich gelassen, als folgender Fall Oldenburg contra Preußen ihn und mich beschäftigte. Bundesrat und Reichstag wollten von dem Marine-Einrichtungen Kenntnis nehmen. Zu dem Zwecke hat Tzipf zwei Informationsreisen unternommen, wobei die Mitglieder des Bundesrats und von ihm jeder Reichstagsfraktion je eine abgeordnete Tagelohn von einer Einrückung der Marine zur anderen geführt wurden. Als die zweite dieser Informationsreisen, die in Danzig begann, in Wismar-Station beendet war und die Teilnehmer eine Art Zusammenkunft hielten unter der Leitung der Stadt, beging der anwesende Vertreter Wismars, namens die — wurde ausgedrückt — Unhöflichkeit, dem Kommanden von Tzipf vorzuschlagen, er möge dahin treten, das Näheren preislich würde. Das Tzipf putzert wurde, mußte ich sehen, weil ich gerade ihm gegenüber stand. Er antwortete dem Herrn aus Wismar: „Da müssen Sie sich an mein Gegenüber wenden. Ich vernehme, daß Wismarigen zu Preußen kommen, bezeichne ich.“

Oldenburgische Aufgaben

Kurz vor dem Bestreite wurde ein Staatsvertrag zwischen Oldenburg und Preußen über die Eisenbahnverbindung nach Wismar-Station fertig. Diese war bisher einseitig gewesen und sollte nunmehr zweigleisig werden, was natürlich für den Verkehr von Wismar-Station nach Oldenburg und umgekehrt von der größten Bedeutung werden mußte. Die unter Regierung des Großherzogs geführten Verhandlungen waren im Sommer 1914 beendet. Nun mußte der Staatsvertrag

© Adolf Hoff

